

INTERNATIONALES

US-AUSSENPOLITIK

Die amerikanische Haltung gegenüber der Sowjet-Union wird sich in den nächsten Wochen verschärfen. Das folgern amerikanische Diplomaten aus der Unterstellung des Abrüstungs-Beraters Stassen unter die Direktiven seines Konkurrenten, Außenminister Dulles. Harold Stassen, der im Sommer aus dem Beraterkreis des Präsidenten Eisenhower ausscheiden wird, sieht in der Abrüstung das Kernproblem der weltpolitischen Entspannung, dagegen vertritt Dulles die Auffassung, einer Abrüstung müsse zunächst eine Regelung der politischen Differenzen mit der Sowjet-Union vorausgehen. Eine Abrüstung ohne politische Verständigung, so befürchtet Dulles, verstärke nur die neutralistischen Tendenzen in Europa und Asien.

INFILTRATION

Die Generalstäbe Syriens und Sowjet-Rußlands vereinbarten in einem Abkommen den Austausch geheimen Nachrichtermaterials über die westlichen Streitkräfte im Nahen Osten. Nachrichten über dieses Abkommen liegen der kanadischen Regierung vor. Außerdem ist der kanadischen Regierung bekannt, daß zur Zeit ein sowjetischer General und 60 weitere sowjetische Militärinstrukteure die syrische Armee ausbilden.

ZITAT

-Es gibt nichts, was unsere Regierung nicht aus Prinzip tut. Aus Prinzip sucht sie auch verzweifelt nach farbigen Großmüttern, um bei der nächsten Bandung-Konferenz eine gute Note zu bekommen.“ (Der amerikanische Journalist Max Ascoli.)

NAHOST-KRISE

Die lautlose Waffe

Auf den Dächern Jerusalems lagen, die Maschinenpistolen im Anschlag, Scharfschützen der Polizei. Spanische Reiter versperrten die Straßenzugänge zum Parlamentsviertel.

Die Regierung erwartete Demonstrationen gegen ihren Beschluß, die von den israelischen Streitkräften als Faustpfänder des Sieges zurückbehaltenen ägyptischen Gebiete von Gaza und am Golf von Akaba zu räumen. Im Parlament beschwor der 70jährige Ministerpräsident Ben-Gurion die Abgeordneten: „Wer vom Gaza-Streifen spricht, ohne alle Komplikationen und Gefahren zu kennen, lebt in einem Narrenparadies.“

Israels Politiker erlebten in dieser Sitzung die Hölle der Vernunft. Sie gaben Ben-Gurion ihr Vertrauen.

Wenige Stunden nachdem der Knesseth der Räumung zugestimmt hatte, rollten die Sieger des Sinai-Feldzuges von 1956 in Richtung Heimat. Detonationen gesprengter Stellungen begleiteten den Rückzug.



Ministerpräsident Ben-Gurion
Rückzug am Golf

Mit drohendem Unterton schrieb in dieser Woche das amerikanische Nachrichten-Magazin „Time“: „Sobald die israelischen Truppen den ägyptischen Boden verlassen haben, wird es höchste Zeit, das vergangene und künftige Verhalten des ägyptischen Präsidenten Nasser unter die Lupe zu nehmen.“

„Time“ deutete damit an, daß Amerika gegen den Friedensstörer Ägypten nun die gleiche lautlose Waffe anwenden wird, mit der Israel zum Nachgeben gezwungen worden war.

Bislang hat freilich Israels Ministerpräsident David Ben-Gurion seinem Lande verschwiegen, warum er den Rückzugsbefehl gab, obschon er am 23. Januar feierlich versprochen hatte, die von Israel besetzten Gebiete Ägyptens „niemals“ bedingungslos zu räumen.

Noch immer gilt in Jerusalem offiziell die Lesart, ein französischer Kompromißvorschlag, der die Besetzung der von Israel geräumten Gebiete durch die Uno-Polizeitruppe ermöglicht, habe den Streit geschlichtet. Sogar in vertraulichen Sitzungen seines Kabinetts vermeidet es Ben-Gurion, die wichtigen Gründe für die israelische „Kapitulation“ zu erwähnen.

Als am Anfang der letzten Woche der radikalsozialistische Parteiführer, General Jigal Allon, gegen das Nachgeben Ben-Gurions polemisierte und drohte, seine Partei aus der Koalitionsregierung zurück-

zuziehen und damit eine unheilvolle Kabinettskrise auszulösen, schimpfte der Premier in einer Kabinettsitzung: „Bis jetzt kam der einzige Versuch, Israel Sanktionen aufzuerlegen, von dem Herrn Allon, der uns mit einer Regierungskrise droht. Aber wir haben uns nicht durch die Sanktionen größerer und mächtiger Männer terrorisieren lassen, wir werden uns also auch nicht vor den Sanktionen des Allon fürchten!“

Die Replik des Ministerpräsidenten war jedoch eine Halbwahrheit. Ben-Gurion verschwieg diskret, daß der Widerstand der Israelis gegen die Räumung der ägyptischen Gebiete just an den Sanktionen gescheitert war, die Amerika in aller Stille gegen seine israelischen Freunde verhängt hatte.

Noch bevor sich der amerikanische Kongreß und die Generalversammlung der Vereinten Nationen zu dem heiklen Thema „Sanktionen gegen Israel“ geäußert hatten, war Amerika zu einem wirtschaftspolitischen Partisanenkrieg angetreten, der Israels Widerstandswillen in wenigen Wochen zermürbte:

- ▷ Die Vereinigten Staaten stellten die Lieferungen von Lebensmitteln aus amerikanischen Überschubbeständen nach Israel ein.
- ▷ Die amerikanische Finanzhilfe für Israel in Höhe von 35 Millionen Dollar wurde gestoppt.
- ▷ Ein Anleihe-Antrag Israels bei der Weltbank wurde auf Druck des Washingtoner Außenamtes zu den Akten gelegt, obwohl der israelische Antrag einige Wochen zuvor schon im Prinzip bewilligt worden war.
- ▷ Das amerikanische Außenamt erklärte sämtliche Pässe von US-Bürgern für Reisen nach Israel für ungültig und unterband damit jeglichen amerikanischen Touristenverkehr ins gelobte Land.

Zusätzlich drohte Außenminister Dulles, er werde jeden amerikanischen Dollar-Transfer nach Israel verbieten. Vom wirtschaftlichen Bankrott bedroht, gab Ministerpräsident Ben-Gurion den amerikanischen Pressionen schließlich nach.

Die gleiche Taktik — so befürchteten arabische Politiker — werden die Amerikaner jetzt gegen Ägypten anwenden, falls sich Diktator Nasser weigern sollte, nach der Friedenspfeife des John Foster Dulles zu tanzen.

Tatsächlich verstärkten die Amerikaner in den letzten Tagen ihren Druck auf Ägypten. Während der amerikanische Vizepräsident Nixon zu einer Reise aufbrach, die ihn nicht zufällig durch die antiägyptischen Moslem-Staaten Nordafrikas führt, gab Washington dem Nasser deutlich zu verstehen, daß er nicht mehr lange mit der amerikanischen Geduld rechnen kann.

Mit hintergründigem Lächeln erklärte Außenminister Dulles, die Ägypter hätten bislang bei den Räumungsarbeiten im Suez-Kanal keine übertriebene Eile gezeigt. Er erwarte aber nun, daß der Kanal in „spätestens zehn Tagen“ für den internationalen Schiffsverkehr zur Verfügung stehen werde.

